



ThyssenKrupp AG
- Vorstand -
Herrn Dr.-Ing. Heinrich Hiesinger
Postfach
45063 Essen

Postfach 30 03 07
50773
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de

Rolle von ThyssenKrupp beim Abriss des Duisburger Stadtteils Bruckhausen

Köln, 16.06.2011

Sehr geehrter Herr Dr. Hiesinger,

im Jahresbericht 2005/2006 kündigte ThyssenKrupp den sogenannten „Grüngürtel“ für die Duisburger Stadtteile Bruckhausen, Beeck und Marxloh an. In diesem Artikel gibt Ihr Unternehmen vor, die Lebens- und Wohnqualität im Duisburger Norden und damit die Attraktivität der genannten Stadtteile erheblich verbessern zu wollen. Der „Grüngürtel“ soll eine stärkere Trennung von Werksanlagen und Wohnbebauung durch Schaffung einer begrünten Pufferzone bewirken, weil Ihre Firma mit den derzeit implementierten Umweltschutzeinrichtungen und -maßnahmen im Hinblick auf Staubemissionen eine (wirtschaftliche?) Grenze erreicht habe. Zu diesem Zweck sollen rund 300 Häuser in den drei Stadtteilen, davon allein 100 Gründerzeithäuser im Stadtteil Bruckhausen, abgerissen werden.

Auch nachdem die Gutachten erwiesen haben, dass der „Pufferpark“ die Belastungen nicht senken wird, will man weiter abreißen. Nun sind es sogenannte „städtebauliche Missstände“, die beseitigt werden sollen. Damit werden in den Gutachten Leerstände beschrieben, die die Firma TKS/ATH über lange Jahre selbst initiiert hat. Der städtebauliche Missstand ist die Firma TKS. Man kann die Leerstände mit vernünftigen Maßnahmen beheben, würde die TKS von ihren Plänen ablassen.

Die ThyssenKrupp AG lässt es sich sogar als steuerlich absetzbare Spende anrechnen, dass sie Geld zum Abriss eines Stadtteils gibt, der unter den von ihr verursachten Emissionen leidet, statt in weitere Umweltmaßnahmen zu investieren, die sowohl der nahe dem Werk ansässigen als auch der restlichen Bevölkerung eine tatsächliche Verbesserung der Lebensbedingungen gebracht hätten.

ThyssenKrupp maskiert ein Vorgehen, das lediglich dem Unternehmen nützt und für die betroffene Bevölkerung mit erheblichen Lasten einhergeht, als soziales und ökologisches Engagement. Auf Initiative Ihrer Firma findet hier keine Sanierung, sondern eine Zerstörung statt:

Ca. 1700 Menschen in Bruckhausen verlieren ihre Heimat, müssen umziehen oder sogar ihr Eigentum verkaufen, sie werden aus ihren sozialen Zusammenhängen gerissen. Die Hauseigentümer werden durch die Sanierungssatzung mit Veränderungssperre, die Umzugsprämien für Mieter und eine Imagekampagne gegen den Stadtteil unter erheblichen wirtschaftlichen Druck gesetzt und müssen ihre Häuser weit unter Wert an die Stadt für den Abriss verkaufen. Sie erleiden einen erheblichen Schaden durch Entwertung ihrer Altersvorsorge. Zudem werden die Bewohner Bruckhausens auf Jahre hinaus den Abrissen im Stadtteil ausgesetzt sein, bei denen Stäube der alten, längst abgerissenen Kokerei frei werden. Hinzu kommen Lärm und Erschütterungen, nicht zu reden von den psychischen Belastungen eines Lebens im „Abrissgebiet“.

Der Steuerzahler erleidet einen gigantischen wirtschaftlichen Schaden, weil ca. 30.000 m² günstiger Wohnraum und öffentliches Eigentum im Wert von ca. 100 Millionen Euro durch den Abriss vernichtet werden, dafür 36 Millionen Euro EU-Mittel ausgegeben werden und ThyssenKrupp (TKS/ATH) seine „gespendeten“ 35,9 Millionen Euro von seinem Gewinn und entsprechenden Steuerzahlungen abgezogen hat.

Der Steuerzahler erleidet auch Schaden, in dem Fördergelder erschlichen werden, wie z.B. aus dem EU-Topf für Biotopverbund. Es ist ein offenes Geheimnis, dass zwischen den Stadtteilen Marxloh und Bruckhausen kein solcher Verbund möglich ist, da sie durch das TKS-Werksgelände und seine vielgleisigen Bahntrassen getrennt sind.

Die Allgemeinheit erleidet erheblichen Schaden, weil mit den Abrissen in Bruckhausen ein einzigartiges Sachzeugnis der Ruhrgebietsgeschichte vernichtet wird. Der Stadtteil leidet seit dreißig Jahren unter den Abrissbestrebungen der Firma Thyssen/TKS. Seit Jahrzehnten ist deshalb wenig in den Stadtteil investiert worden. Gerade deshalb ist aber die einzigartige Struktur Bruckhausens, die aus der Zeit der Industrialisierung stammt und eng mit der Geschichte der Firma Thyssen verknüpft ist, so außerordentlich gut erhalten.

Seit 20 Jahren regt der Landschaftsverband Rheinland an, den Stadtteil als Denkmalbereich zu schützen. Vor Bekanntwerden der neuerlichen Abrisspläne hatte der Stadtteil gerade einen Aufschwung erfahren. Wir wollen das historische Bruckhausen erhalten, damit es seine wichtige Rolle für die Identifikationsstiftung in der Region weiterhin erfüllen kann.

Nicht zuletzt wird auch das Thema Integration durch den „Grüngürtel“ berührt. Viele Bewohner Bruckhausens sind Migranten, die Integration ist gerade hier sehr gut gelungen. Die Eigentümer der Häuser erfahren nun ihre Ohnmacht gegenüber einem Staat, der vorgibt, ihre Rechte zu schützen. Man droht ihnen sogar mit Enteignung. Zum Nutzen eines Privaten werden hier viele Andere geschädigt, unter anderem auch unsere Demokratie, weil unter dem Deckmäntelchen sozialen Engagements rücksichtslose Interessenpolitik betrieben wird. Dies lässt sich aber nicht lange verdecken, weil zu viele Andere davon betroffen sind. Wenn das Deckmäntelchen weggeblasen wird, wird der „Grüngürtel“ ein weiterer Fleck auf dem Firmenimage sein. Eine nachhaltige Aufwertung der Werksumgebung ist nur mit wahrhaftiger Betroffenenbeteiligung und nicht durch inszenierte Veranstaltungen mit bestellten Ja-Sagern möglich. Die jetzige Grüngürtelplanung schadet der Werksumgebung, Bruckhausen, dem Norden Duisburgs, der Allgemeinheit und wird letztendlich auch der Firma ThyssenKrupp schaden, die diese Abrissorgie auch gar nicht braucht.

Wir fordern Sie deshalb auf, den Abriss sofort zu stoppen und neu nachzudenken!

Der mit Steuerzahlerunterstützung geschaffene und am Leben gehaltene Konzern ThyssenKrupp Steel muss endlich seiner sozialen, ökologischen und geschichtlichen Verantwortung gerecht werden, will er nicht mehr als skrupellos profitorientierter, sondern als zukunftsorientierter, demokratischer Konzern, der neben Aktionärs- und Arbeitnehmerinteressen auch dem Interesse der Allgemeinheit dient, angesehen werden.

Wir erwarten Ihre Antwort innerhalb der nächsten zwei Wochen.

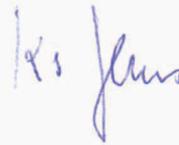
Mit freundlichem Gruß



Markus Dufner
Geschäftsführer des
Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen
und Aktionäre e.V.



Prof. Dr. Roland Günter
1. Vorsitzender
Deutscher Werkbund e.V.



Katrin Susanne Gems
Geschichtswerkstatt Du-Nord